



Abgeordnetenhaus **BERLIN**

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Plenarprotokoll

68. Sitzung

Donnerstag, 10. September 2015

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Nachrufe	6938	c) Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: Der Senat muss Versorgung, Betreuung und Unterstützung unverzüglich sicherstellen und das Kindeswohl schützen!	6939
Ehemalige Abgeordnete Ilse Roschanski ...	6938	Dringlicher Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/2436	
Berliner Ehrenbürger Egon Bahr	6938	d) Berlin hilft – gemeinsam schaffen wir das	6939
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	6938	Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/2437	
Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	6938	e) Wohnungen für Geflüchtete sichern – berlinovo in die Pflicht nehmen	6939
1 Aktuelle Stunde	6939	Dringlicher Antrag der Piratenfraktion Drucksache 17/2438	
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Raed Saleh (SPD)	6939
„Berlin hilft den Flüchtlingen: Für ein menschliches, weltoffenes und demokratisches Berlin“	6939	Ramona Pop (GRÜNE)	6941
(auf Antrag aller Fraktionen)		Florian Graf (CDU)	6943
in Verbindung mit		Udo Wolf (LINKE)	6945
a) Flüchtlinge willkommen heißen – Für eine nachhaltige humane Flüchtlingspolitik (I)	6939	Martin Delius (PIRATEN)	6947
Dringlicher Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/2434		Senator Mario Czaja	6949
b) Flüchtlinge willkommen heißen – Für eine nachhaltige humane Flüchtlingspolitik (II)	6939	Fabio Reinhardt (PIRATEN)	6952
Dringlicher Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/2435		Ergebnis	6952
		2 Fragestunde	6953
		gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
		Start in das Schuljahr 2015/2016	6953
		İlkin Özişik (SPD)	6953
		Senatorin Sandra Scheeres	6953

Regina Kittler (LINKE)	6954	Störfall in der Elektroanlage des BER	6965
Senatorin Sandra Scheeres	6954	Andreas Otto (GRÜNE)	6965
Lars Oberg (SPD)	6955	Regierender Bürgermeister	
Senatorin Sandra Scheeres	6955	Michael Müller	6965
Imagekampagne der BVG „Weil wir dich lieben“	6955	Andreas Otto (GRÜNE)	6965
Oliver Friederici (CDU)	6955	Regierender Bürgermeister	
Senator Andreas Geisel	6955	Michael Müller	6965
Oliver Friederici (CDU)	6955	Daniel Buchholz (SPD)	6966
Senator Andreas Geisel	6955	Regierender Bürgermeister	
Christopher Lauer (PIRATEN)	6956	Michael Müller	6966
Senator Andreas Geisel	6956	3 Einundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Jahresbericht 2014	6966
Versagen in der Flüchtlingsunterbringung	6956	Bericht	
Canan Bayram (GRÜNE)	6956	Drucksache 17/2410	
Regierender Bürgermeister		Dr. Clara West (SPD)	6966
Michael Müller	6956	Andreas Otto (GRÜNE)	6967
Canan Bayram (GRÜNE)	6957	Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU)	6968
Regierender Bürgermeister		Dr. Klaus Lederer (LINKE)	6969
Michael Müller	6957	Fabio Reinhardt (PIRATEN)	6970
Fabio Reinhardt (PIRATEN)	6957	Ergebnis	6971
Regierender Bürgermeister		4 Prioritäten	6971
Michael Müller	6957	gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
Kennzeichnung erkrankter Flüchtlinge durch Armbinden	6958	4.1 Priorität der Fraktion der CDU	6971
Elke Breitenbach (LINKE)	6958	8 a) Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 (Haushaltsgesetz 2016/2017 – HG 16/17)	6971
Bürgermeister Frank Henkel	6958	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/2400	
Elke Breitenbach (LINKE)	6958	Erste Lesung	
Bürgermeister Frank Henkel	6958	<u>hierzu:</u>	
Hakan Taş (LINKE)	6959	hier: Austauschseiten im Band 4 – Einzelplan 05	6971
Bürgermeister Frank Henkel	6959	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/2400-1	
Registrierung von geflüchteten Menschen	6959	b) Finanzplanung von Berlin 2015 bis 2019	6971
Fabio Reinhardt (PIRATEN)	6959	Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 17/2416	
Senator Mario Czaja	6959	Ergebnis	6971
Fabio Reinhardt (PIRATEN)	6960	Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen	6971
Senator Mario Czaja	6960	Christian Goiny (CDU)	6974
Canan Bayram (GRÜNE)	6961	Joachim Esser (GRÜNE)	6977
Senator Mario Czaja	6961		
Hochhausplanung am Alexanderplatz	6962		
Ellen Haubdörfer (SPD)	6962		
Senator Andreas Geisel	6962		
Ellen Haubdörfer (SPD)	6962		
Senator Andreas Geisel	6963		
Andreas Otto (GRÜNE)	6963		
Senator Andreas Geisel	6963		
Ausbruch der Masernwelle	6964		
Dr. Gottfried Ludewig (CDU)	6964		
Senator Mario Czaja	6964		
Ellen Haubdörfer (SPD)	6964		
Senator Mario Czaja	6964		

Torsten Schneider (SPD)	6980	Dr. Gregor Költzsch (SPD)	7004
Dr. Manuela Schmidt (LINKE)	6982	Dirk Behrendt (GRÜNE)	7005
Heiko Herberg (PIRATEN)	6984	Sven Rissmann (CDU)	7006
Steffen Zillich (LINKE)	6987	Christopher Lauer (PIRATEN)	7007
4.2 Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	6988	Dr. Klaus Lederer (LINKE)	7008
		Sven Rissmann (CDU)	7009
		Dr. Klaus Lederer (LINKE)	7009
38 Berliner Landesstrategie zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements (Engagement-Strategie)	6988	Ergebnis	7010
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/2427		4.5 Priorität der Fraktion der SPD	7010
Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)	6988	10 Gesetz zur Neuregelung der Stiftung Naturschutz Berlin	7010
Ulker Radziwill (SPD)	6989	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/2414	
Marion Platta (LINKE)	6990	Erste Lesung	
Joachim Krüger (CDU)	6990	Daniel Buchholz (SPD)	7010
Alexander Spies (PIRATEN)	6991	Dr. Turgut Altug (GRÜNE)	7012
Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)	6992	Danny Freymark (CDU)	7012
Ergebnis	6992	Marion Platta (LINKE)	7013
4.3 Priorität der Fraktion Die Linke	6992	Philipp Magalski (PIRATEN)	7014
		Ergebnis	7015
37 Magnus-Haus: Baukulturelles Erbe Berlins bewahren	6992	5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Berlin – V-Leute abschaffen	7015
Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/2426		Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungsschutz vom 20. Mai 2015 Drucksache 17/2282	
Dr. Klaus Lederer (LINKE)	6993	zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/1971	
Frank Jahnke (SPD)	6994	Zweite Lesung	
Fabio Reinhardt (PIRATEN)	6994	Clara Herrmann (GRÜNE)	7015
Frank Jahnke (SPD)	6994	Tom Schreiber (SPD)	7016
Dr. Klaus Lederer (LINKE)	6995	Hakan Taş (LINKE)	7017
Frank Jahnke (SPD)	6995	Tom Schreiber (SPD)	7018
Andreas Otto (GRÜNE)	6996	Hakan Taş (LINKE)	7018
Frank Jahnke (SPD)	6996	Cornelia Seibeld (CDU)	7019
Andreas Otto (GRÜNE)	6996	Pavel Mayer (PIRATEN)	7020
Björn Eggert (SPD)	6997	Ergebnis	7021
Andreas Otto (GRÜNE)	6997	6 Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof	7021
Stefan Evers (CDU)	6998	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung vom 17. Juni 2015 Drucksache 17/2361	
Dr. Klaus Lederer (LINKE)	6999		
Stefan Evers (CDU)	7000		
Wolfram Prieß (PIRATEN)	7000		
Torsten Schneider (SPD)	7001		
Wolfram Prieß (PIRATEN)	7001		
Ergebnis	7001		
4.4 Priorität der Piratenfraktion	7002		
24 Einführung einer Erhebungsmatrix für Funkzellenabfragen – bessere statistische Erfassung von Daten für echte parlamentarische Kontrolle – Drucksachen 17/1700 und 17/1975 –	7002		
Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 17/2404			
Christopher Lauer (PIRATEN)	7002		

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Herr Kollege Esser! – Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Kollege Schneider. – Bitte sehr!

[Uwe Doering (LINKE): Das tapfere Schneiderlein!]

Torsten Schneider (SPD):

Das habe ich gehört. Aber mich kritisieren! Ich finde es lustig.

Vizepräsident Andreas Gram:

Das gilt als Scherz.

Torsten Schneider (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Jochen Esser! Ich beginne einmal mit einer persönlichen Note. Wenn Sie gesagt haben: Strategisch, haben Sie sich eindimensional fokussiert; für eine richtige Umweltpolitik braucht es also die Grünen in diesem Bundesland. Dann kann man nur hoffen, dass es Ihnen nicht so geht wie den Linken, die ihren Fraktionsvorsitzenden das Gleiche mit Blick auf die vernünftige Sozialmietpolitik in der „Abendschau“ sagen lässt und der zwei Tage später hören muss, dass wir das Ding wegverhandelt haben. Ich drücke Ihnen die Daumen, dass nicht noch ein Volksbegehren kommt.

[Zurufe von der LINKEN]

Dem vorliegenden Haushaltsentwurf des Senats – das nimmt wohl kaum Wunder – haften zwei grundsätzliche Dinge an: Erstens halten wir ihn in der SPD-Fraktion für einen großen Wurf und den Aufgaben der wachsenden Stadt sowie den Aufgaben der Weltmetropole angemessen. Zweitens sind wir uns sehr sicher – das hat der Finanzsenator auch zutreffend betont –, dass es ein Ergebnis von über zehn Jahren verantwortungsbewusster SPD-Politik in diesem Bundesland ist.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Es ist kein Geheimnis und wird Ihnen auch die Kritikebene erschweren, dass dieser Haushalt etwas aufgreift, was hier durchaus auch schon immer eine zentrale Rolle gespielt hat. Er löst im Zinstitel und bei den Steuereinnahmen stille Reserven auf und adressiert diese Reserven. Als Sie das gefordert haben, war es die zentrale Kritik am letzten Haushalt. Jetzt nennen Sie es Wahlkampfhaushalt. Das ist aber insgesamt nicht stringent, Herr Kollege Esser.

Diese Reserven werden jetzt aufgabengerecht eingespeist. Die Haushaltsberatungen beginnen gerade, Herr Finanzsenator, deswegen ist heute nicht damit zu rechnen, dass Sie schon eine Zustimmung erfahren werden. Ich kann Ihnen zusagen, dass es im Dezember mit den politischen Gewichtigungen erfolgen wird.

Drei wichtige Themen möchte ich herausgreifen, um das nicht in die Länge zu ziehen. Erstens: Ja, da hat Jochen Esser recht. Wir haben einen konsumtiven Aufwuchs, der ganz zentral vom Thema durchsetzt wird. Das sind Mehrausgaben im Personalbereich. Ja, die Finanzpolitiker sehen natürlich jeden konsumtiven Aufwuchs, vor allem einen so hochdimensionalen, kritisch. Das ist aber Ergebnis einer konsolidierten, einer einstimmigen Beschlusslage der SPD-Fraktion und des Koalitionspartners, dass wir die Schere solidarisch nach so vielen Jahren des Verzichts im Personal schließen wollen. Dass Sie das kritisieren und dann auf zwei Referentenstellen zurückkommen, ist überhaupt nicht überzeugend, Herr Kollege Esser.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

Ich komme auf ein weiteres Thema zu sprechen, welches wir uns gerade ansehen. Das ist die Investitionsquote. Dieses Thema ist für uns von strategischer Bedeutung. Wir haben zwei Aspekte zu betrachten. Zum einen heben wir in absoluten Zahlen die investiven Ausgaben in diesem Haushalt um etwas über 250 Millionen Euro an. Es stimmt auch, dass wir – zweitens – anders als viele Bundesländer mit unseren über 50 Beteiligungsunternehmen, die uns fast ausschließlich allein gehören, weitere hochgradige Investitionen – aus volkswirtschaftlicher Sicht eine Draufgabe – vornehmen. Drittens wollen wir – das halten wir für volkswirtschaftlich sinnvoll – über alles gesehen eine Investitionsquote von nicht unter zehn Prozent. Das werden wir betrachten und werden entsprechend politisch reagieren. Noch ist die Betrachtung nicht beendet.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Das war ein Finanzpolitiker, nehme ich an.

Ich nehme ein weiteres Thema. Das ist das Thema des Mietenvolksbegehrens. Es spielt immer eine Rolle. Ich habe das eben schon auf einer politischen Ebene beleuchtet. Ich will mir nicht verkneifen zu sagen – wir hatten bereits mehrere Volksbegehren; ich hatte das Vergnügen, diesbezüglich mit mehreren ins Gespräch zu kommen –, dass es eine Verschiebung auf beiden Seiten gegeben hat, nicht nur im Emotionalen, sondern auch im politisch Gehaltvollen.

Wir haben dort Bürgerinnen und Bürger Berlins und zum Teil auch außerhalb Berlins kennengelernt, die mit einem echten politischen Anliegen auf Augenhöhe mit uns ins Gespräch gekommen sind, und zwar in ein substanzielles Gespräch. Ich rede jetzt nicht von den quantitativen Stunden. Sie waren auch in der Lage, sich zu korrigieren, Dinge, die möglicherweise ihr eigenes politisches Anliegen konterkariert haben, zu hinterfragen und letztlich einen – wie wir finden – sehr tragfähigen Kompromiss zu erarbeiten. Ich setze hier hinzu: Natürlich haben an diesem Erfolg der Regierende Bürgermeister Michael Müller, der Stadtentwicklungssenator Geisel, auch der Finanzsenat und selbstverständlich auch der Fraktions-

(Torsten Schneider)

vorsitzende einen ganz maßgeblichen Anteil. Aber von diesem Platz aus, auch wenn es ungewöhnlich ist, möchte ich den Staatssekretär Lütke Daldrup einmal hervorheben, der das in der von mir beschriebenen Art und Weise erfolgreich verhandelt hat.

[Beifall bei der SPD]

Das wird für den Haushalt Konsequenzen haben. Es gibt gleichwohl einen politisch bedeutsamen Grunddissens, der sich hier im Haus abbildet. Auf den will ich jetzt zu sprechen kommen. Das müssen dann diejenigen, die ich hier adressiere, für sich bewerten. Der war auch in dem Volksbegehren abgezeichnet. Es geht um den Dissens, ob wir auf verknappte Haushaltsmittel in den Bestand oder in den Neubau fokussieren. Das ist kein Geheimnis. – Herr Kollege Zillich! Ich wollte Sie gar nicht erwähnen, aber Sie nicken, dann ist auch adressiert, wen ich damit meine. Das ist ein Dissens. Aber die Prämisse, dass wir allein schon unter den hinzukommenden Menschen von über 40 000 pro Jahr Wohnungen bauen müssen – ich will es nicht missbrauchen, aber trotzdem muss man es erwähnen – das haben wir heute breit diskutiert –, dass auch von den hinzukommenden Zehntausenden Menschen, die verfolgt werden, selbstverständlich keine dauerhaften Zeltunterkünfte, sondern Wohnungen benötigt werden. Da kann man wohl kaum der Auffassung sein, wir bräuchten keine Neubauten. Dann bleibt von diesem politischen Dissens aber übrig, dass Sie das entweder dem privaten Markt überlassen wollen oder unserer Meinung und der des Senats sein müssen, dass man da mit 192 Millionen Euro einen politischen Schwerpunkt setzen muss.

Ich komme zu dem Thema Flüchtlinge. Das wird heute breit diskutiert. Deswegen brauche ich das nicht politisch zu bewerten.

[Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Das wäre ja noch schöner!]

– Ja, ich weiß, das überlasse ich Ihnen! – Ich bin allerdings etwas enttäuscht. Ich hätte mir in diesem doch sehr sensiblen Thema ein besseres Augenmaß gewünscht. Das ist nicht durchweg gelungen, muss ich Ihnen sagen.

[Zuruf von Uwe Doering (LINKE)]

Das ist eine persönliche Bemerkung.

Aber natürlich ist es wahr – und das will auch keiner wegdiskutieren –, dass wir von dieser Thematik zwei Dinge noch nicht wissen: erstens die absoluten Zahlen der Hilfe suchenden Menschen, die kann niemand valide voraussagen. Zweitens wissen wir noch nicht, ob und inwieweit diese – ich sage es ganz deutlich – unzureichende finanzielle Beteiligung der schwarz-roten Bundesregierung in der mit viel Erfolg und Daumendrücken in der am 24. September stattfindenden Beutegemeinschaft der Ministerpräsidenten möglicherweise noch mal verbessert wird.

[Heiterkeit vom Regierenden Bürgermeister
Michael Müller –
Zurufe von den PIRATEN]

– Ja, ich kann das sagen. Der Herr Regierende Bürgermeister hätte das so nicht sagen dürfen!

Unter diesen Vakanzen ist es fachlich kein Problem und technisch, glaube ich, richtig – das war gestern übrigens auch Konsens, da war ich sehr froh –, dass das der Hauptausschuss erledigt. Keine Zurücksetzung der Fachausschüsse, sondern einfach das Gebot der Stunde!

Am Ende ist es so – das hat hier schon eine Rolle gespielt; ich war auch positiv überrascht –, dass der Koalitionspartner sich gestern in aller Deutlichkeit von diesem Vorschlag der Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der B-Länder distanziert hat, die Stadtstaatenwertung mit 500 Millionen Euro strukturell pro Jahr zu adressieren. Das war überraschend für uns. Das lobe ich. Das finden wir positiv. Es wäre ein Angriff auf Berlin, nichts weniger, das muss man, glaube ich, abräumen, dem muss man sich entgegenstellen.

Ich komme zum Abschluss. – Es gibt seit drei Jahren einen politischen Konsens bei den Finanzkollegen im Hauptausschuss, mit Methodennuancen. Das ist das Thema Baukostenkontrolle. Wir haben da schon an verschiedenen Stellschrauben justiert. Wir in der SPD-Fraktion sind der Auffassung, dass da hinreichender Zeitraum war, sich darauf einzustellen, dass das ein zentrales Thema ist, und werden allen Fraktionen im Hauptausschuss in den Schlussrunden einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten, um das abzubinden.

Die Haushaltsberatungen haben gerade begonnen. Die Erwartungshaltung wurde heute schon mal formuliert. Wenn man einen so erfolgreichen Haushalt vorlegt, wie der Senat es getan hat, und politische Schwerpunkte im Bildungsbereich, im Bereich der Kultur und auch im Bereich der inneren Sicherheit – natürlich vergisst man bei einer enumerativen Aufzählung manchmal etwas – handgreiflich sieht,

[Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

dann erwarten wir technisch, dass wir dieses Mal in den Haushaltsberatungen nicht mit irgendwelchen Zetteln belästigt werden: Wir möchten noch 40 000 Euro gegenfinanzieren, die im Einzelplan nicht aufzufinden waren; das würden wir wohl auch als Service erledigen. – Ich kann Ihnen allen versichern, dass das aus dem Einzelplan gegenfinanziert wird, aus dem das Wunsch-dir-was kommt. – Ich bedanke mich für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön, Kollege Schneider! – Für die Fraktion Die Linke steht Frau Dr. Schmidt schon in den Startlöchern. – Ich erteile Ihnen das Wort. Bitte schön!

[Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Wie großartig ist denn jetzt dieser Haushaltsplan?]

Dr. Manuela Schmidt (LINKE):

Ich werde es Ihnen gleich verraten! – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Kollatz-Ahnen! Sie haben uns einen Haushalt vorgelegt, der mich dazu bringt, freundlich zu beginnen. Denn seit vier Jahren, seit SPD und CDU wieder zusammen in der Regierung sitzen, ist es das erste Mal, dass wir über einen Haushalt reden können, der ein Stück weit in der Realität angekommen ist, wo nicht so hemmungslos getrickelt wird wie bei Ihrem Vorgänger, wo die Steuerschätzung vom Mai drinsteckt und die höheren Einnahmen aus der „Wachsenden Stadt“ und wo endlich auch – wie wir es immer gefordert haben – die geringeren Ausgaben für Zinsen verbucht werden. Statt 2,2 Milliarden Euro bisher jetzt 1,7 Milliarden Euro! Das allein bringt einen Spielraum von immerhin 500 Millionen Euro mehr für die Gestaltung der Stadt. Und das ist nicht nichts.

Doch das war es dann auch schon mit der freundlichen Botschaft. Denn was Sie hier vorgelegt haben, ist nicht nur ein Wahlkampfhaushalt – das wurde schon festgestellt –; dieser Haushalt zeigt in ganz besonderer Weise und in seiner ganzen Breite die Einfallslosigkeit dieser Koalition und, wie sehr sich SPD und CDU bei allen Themen, die für diese Stadt wichtig sind, blockieren.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

In Zeiten, in denen kein Geld da ist, fällt das vielleicht nicht so ins Gewicht, aber wenn ausreichend Geld zur Verfügung steht und Sie dann nichts zu sagen haben zur sozialen oder zur ökologischen Perspektive unserer Stadt und wenn Sie keine Antworten geben, wie Sie schon heute auf die drängenden Fragen von morgen reagieren wollen, dann ist das nicht nur Einfallslosigkeit oder Faulheit, sondern Fahrlässigkeit.

[Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Martin Delius (PIRATEN)]

Das hinterlässt Flurschäden in der Stadt, die auf Jahre nachwirken. Es ist Ihre Koalition, Herr Saleh – der nicht im Raum ist – und Herr Graf – der auch nicht im Raum ist –, die Gefahr läuft, auch mit diesem Haushalt nicht gegenzusteuern. Mehr Geld allein ist noch keine Idee für Berlin. SPD und CDU haben bisher verschlafen, die finanziellen Spielräume zu nutzen. Sie sollten endlich aufwachen und dafür sorgen, dass in Berlin nachhaltig investiert wird und dass das vorhandene Mehr an Geld auch bei den Menschen ankommt. Denn nur allein

dadurch, dass das Mehr an Geld auf dem Papier steht, ist es noch nicht ausgegeben.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Wenn man den Haushaltsplanentwurf und Ihre mittelfristige Finanzplanung mal übereinanderlegt, so haben Sie wenigstens die Notwendigkeit einer langfristigen Investitionsstrategie benannt. Doch in den nächsten 10 bis 15 Jahren den Sanierungsstau in der Berliner öffentlichen Infrastruktur schrittweise zu beseitigen und gleichzeitig die notwendigen qualitativen Verbesserungen vorzunehmen, darf nicht nur Ankündigung oder Absichtserklärung bleiben. Es ist auch nicht damit getan, uns hier jede einzelne Investitionsmaßnahme vorzulesen. Was wir von Ihnen hören wollen, ist Ihr Plan – so Sie denn einen haben. Wo ist denn z. B. Ihr Plan für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur und den öffentlichen Personennahverkehr? Reduziert sich Ihre Vision auf die Erweiterung des Zentralen Omnibusbahnhofs mit den 8 Millionen Euro, weil da die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer steigt? Die Stadt wächst an vielen Stellen, wie Sie selbst nicht müde werden zu erzählen. Das gilt auch für die Nutzerinnen und Nutzer von S-Bahn und BVG. Aber die Investitionen werden nicht erhöht, die Verkehrsinfrastruktur nicht verbessert. Und mehr Verkehrsdienstleistungen wollen Sie auch erst mal nicht bezahlen.

Bei der Umsetzung der Planungen für die Fahrradinfrastruktur wird regelmäßig das Geld zurückgegeben. Da streiten wir uns um wenig Geld, aber selbst das schaffen Sie nicht auszugeben. Die Bedeutung der Verkehrsverwaltung in der wachsenden Stadt nimmt zu. Die Verwaltung wird aber nicht entsprechend ausgebaut.

Bleiben wir doch gleich beim Personal! Unsere Idee für eine funktionierende öffentliche Verwaltung haben wir Ihnen mit unserem Personalkonzept vorgelegt. Doch keine der Maßnahmen, die wir zur Qualifizierung der Personalentwicklung für dringend erforderlich erachteten, ist bislang umgesetzt. Es wurde heute erwähnt: Es ist noch nicht lange her, da haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in großer Solidarität einen erheblichen Anteil an der Konsolidierung des Berliner Haushalts geschultert. Damit verbunden war aber auch das Versprechen, sie zu beteiligen, wenn der Haushalt wieder Spielräume hergibt. In diesem Haushalt von SPD und CDU findet sich eben keine ausreichende Vorsorge: weder für die schnellere Besoldungsanpassung noch für die Arbeitsmarktzulagen. Es fehlt ein auskömmliches Fortbildungsbudget, das gleichzeitig angemessen auch auf die sich verändernden Aufgaben reagiert. Und die zusätzliche Absicherung der inklusiven Schule haben Sie wohl auch erst ab 2018 vorgesehen.

Es ist ja anzuerkennen, dass die Hauptverwaltungen in den nächsten beiden Jahren 3 300 Stellen zusätzlich besetzen können, vor allem bei den Lehrerinnen und Lehrern, im Landesamt für Gesundheit und Soziales oder